

Die Schulfrage

Das Zentrum fordert die Einbringung des Reichsschulgesetzes. Im Reichstag ist folgender Antrag der Zentrumsfraktion eingebracht worden:

Die Reichsregierung hat am 26. Januar 1926 erklärt: „Auf dem Gebiete der Schulpolitik wird die Reichsregierung die Lösung anstreben unter Wahrung der in der Verfassung gewährtesten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte.“

Der Reichstag ersucht die Reichsregierung um die beschleunigte Einbringung des entsprechenden Entwurfs eines Reichsschulgesetzes.

Vatikan und Sowjetregierung

Moskau, 13. Februar. Hier verlautet, daß zwischen dem Vatikan und der Sowjetregierung die Beziehungen endgültig wieder hergestellt sind. Die Verhandlungen hat der russische Vorkonsul in Rom herbeigeführt. In den nächsten Tagen wird die Veröffentlichung eines Dekretes über die Zulassung ausländischer Missionen in der Sowjetunion erwartet. Das Ersuchen des Vatikans, den während der russischen Revolution verlorengegangenen Besitz des Vatikans in Russland zurückzuerhalten, wurde von der Sowjetregierung abgelehnt.

Man wird gut tun, eine Bestätigung dieser Meldung von vatikanischer Seite abzuwarten.

Die Umgemeindung

im rheinischen Industriegebiet

Nach überaus langwierigen Verhandlungen ist nunmehr die Gesetzesvorlage über die Umgemeindungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vom Preussischen Landtag an bloc angenommen worden. Damit hat das preussische Parlament ein Werk geschaffen, das von ganz außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung nicht nur für das Industriegebiet, sondern für das gesamte Preußen ist. Es haben sich ungleichmäÙig in den verschiedenen Instanzen um die Einzelheiten dieser Vorlage entwickelt, deren Festigkeit durch das lokale Interesse gekennzeichnet wird, das die Vorlage und ihre Vorläufer bei allen beteiligten Kreisen fand. Um so erfreulicher ist es, daß nach der allerdings ausgezeichneten Vorarbeit des Landtagsausschusses nunmehr die Vorlage ohne weitere Debatte im Gesamten im Landtag angenommen werden konnte.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Vorlage namentlich im Sinne der Herbeiführung aller erreichbaren Verbesserungen für die durch die Umgemeindungen betroffenen Gebietsteile und Bevölkerungsschichten entscheidend beeinflusst hat.

Bei der Beratung dieses Gesetzes ließ die Zentrumsfraktion durch den Berichterstatter die folgende Erklärung abgeben:

Der § 40 des Gesetzes lautet:

Die kirchlichen Verhältnisse werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Die Bestimmung ist im Ausschuss unverändert geblieben. Tatsächlich wird aber die Rückwirkung der Grenzveränderungen auf die kirchlichen Verhältnisse groß sein. Trotz dieser Voraussicht wollten die kirchlichen Behörden die ohnehin so schwierigen Verhandlungen nicht noch durch Geltendmachung der kirchlichen Belange erschweren. Ueberall, wo sich die Grenzen der Kirchengemeinden mit denen der politischen Gemeinden nicht decken, entsteht nicht nur doppelte Verwaltungsarbeit mit den Gemeindebehörden, sondern vor allem die erste Befürchtung, daß die Kirchensteuern nicht gleichmäßig erhoben werden können. Vor allem wird mit der Verschiebung der wirtschaftlichen Entwicklung eine Veränderung des Pfarrsystems selbst notwendig werden.

Weil zwischen den Fraktionen das Abkommen getroffen worden ist, daß keine Anträge gestellt und keine Reden gehalten werden, muß auf die Anführung von Einzelheiten verzichtet werden. Die Zentrumsfraktion spricht aber die zuversichtliche Erwartung aus, daß das Staatsministerium den durch die Grenzveränderungen betroffenen Gemeinden seinerseits Erleichterungen bei den notwendigen Umgestaltungen der Kirchensysteme schafft, daß es aber auch die Kommunen, denen der wirtschaftliche Nutzen erwächst, darauf hinweist, den Kirchengemeinden bei dem Ausbau ihrer Pfarrsysteme zu helfen.

Aus dem sächsischen Landtage

Dresden, 13. Februar. Der Haushaltsausschuß A verabschiedete in seiner heutigen Sitzung das Haushaltsplankapitel 14, den Landtag betr. Die Einstellungen wurden vorläufig verabschiedet. In bezug auf Besoldungs- und Anstellungsfragen wurden die Anträge des Berichterstatters Gölcher (Soz.) angenommen. Das Kapitel 16, Aufgeböhr betr. wurde ebenfalls verabschiedet. Hier sind für Aufgeböhr, Versorgungsgebühren und Unterhaltungen 40 000 000 Mk. Staatszuschuß erforderlich. Bei anderen Kapiteln sind außerdem noch für Aufgeböhr 3 515 788 Mark untergebracht, so daß der gesamte Staatsaufwand für diese Zwecke 44 479 788 Mark beträgt. Hieron beträgt der Aufwand für Aufgeböhr infolge des Personalabbaues 6 503 200 Mark, wovon 5 089 400 Mark auf Wartegelder und 1 493 400 Mark auf Aufgeböhr entfallen. Das Kapitel 20, Oberverwaltungsgericht betr. wurde ohne Debatte nach der Vorlage genehmigt.

Filmrundschaue

Filmverein der deutschen Katholiken

Der um die Film-Reform-Bestrebungen hochverdiente Herr J. Brauer, der Begründer und die Seele der „Provinziallichtbildner“, die im Laufe der Jahre zu einer stark in Anspruch genommenen Beratungsstelle auf dem Gebiete des Filmwesens wurde, berief Ende Januar die Gründungsversammlung eines „Filmvereins der deutschen Katholiken“ nach Köln. An der Versammlung nahmen teil: Weihbischof Dr. Hammels, die Domkapitulare Prälat Cohen und Hr. Graf Spee, Regierungsrat Freidrich, Landessekretär des Volkswereins, Brauers, die Vertreter großer katholischer Organisationen, die Vorsitzenden des katholischen Lehrer- und Lehrerinnenvereins, sowie Fachleute auf dem Gebiete des Films. Der Präsident der Rheinprovinz, Graf Adelsmann, ließ der Versammlung die Zusage seines Interesses übermitteln.

Herr Brauer gab zunächst einen Überblick über die Bestrebungen, die bisher auf katholischer Seite auf diesem Gebiete unternommen wurden, und über die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatten. Als Haupthindernis einer großzügigen Entwicklung nannte er den Umstand, daß fast sämtliche katholischen Lichtbildnerien als Angliederungen von Organisationen geführt wurden, deren Haupttätigkeit auf anderem Gebiete lag, so die „Stella maris“ des Generalsekretariats der katholischen Jünglings- und Jungmännervereine in Düsseldorf,

Das bestechende Programm

Zustimmung zu den Ausführungen Dr. Reinholds von Silberding bis Gräfe — Eine zweite Rede des Reichsfinanzministers

Berlin, den 13. Februar.

Der Reichstag nahm gestern ohne Aussprache einen Gesetzesentwurf an, der die Regierung ermächtigt, die fürsorgerechten Beziehungen zum Saargebiet abweichend von den gesetzlichen Vorschriften zu regeln. — Dann wurde die Beratung des Haushaltsplanes von 1926 fortgesetzt.

Hr. Dietrich, Baden (Dem.) begrüßte das Finanzprogramm des Reichsfinanzministers. Dieses Programm sei aber nur durchführbar, wenn es von einer weitgehenden Sparlichkeit im Reiche begleitet werde. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer sei ein Fortschritt; es müsse aber die völlige Beseitigung dieser rohen und unsozialen Steuer verlangt werden. Zu einer großen Campagne gegen das Dawes-Gesetz, wie sie die Deutschnationalen wünschten, sei der gegenwärtige Zeitpunkt ungeeignet.

Hr. Neubauer (Komm.) bestritt, daß mit Dr. Reinhold ein neuer finanzpolitischer Kurs eingeleitet sei. Tatsächlich werde die deutsche Finanzpolitik nach wie vor von Dr. Luther gemacht, dessen arbeitserfeindliche Stellung bekannt sei.

Hr. Drewnig (Wirtsch. Vereinig.) begrüßte die angehängte Steuerentwurf und forderte die Beseitigung der Hauszinssteuer und der Luxussteuer. Die staatliche Wirtschaftspolitik müsse auf Erhaltung eines gesunden Mittelstandes bedacht sein.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold

griff nun in die Debatte ein und erklärte: Alle Parteien, die bisher zu Worte gekommen sind, haben sich mit den großen Zügen meines Programms einverstanden erklärt. Es gilt, die Steuererleichterungen für die Wirtschaft so zu gestalten, daß dadurch nicht gleichzeitig ein Einnahmeausfall für den Staat entsteht. Ich habe mich seit Jahren in Sachen in dieser Richtung bemüht und ich bin der Ueberzeugung, daß sich sehr bald die Gelegenheit einstellen wird, mich auch hier in diesem Sinne zu betätigen.

Ich habe hier meine Politik in zwei Teilen entwickelt. Die eine Gruppe von Maßnahmen soll etwas dauerndes sein, wobei die Verwaltungsreform die Hauptrolle spielt. Selbstverständlich

habe ich bei der Ausgabenverminderung nicht an eine weitere Verminderung der Ausgaben für soziale Zwecke gedacht. Freilich gibt es nur eine dauernde Hilfe für die Erwerbslosen: Eine gesunde Wirtschaftspolitik.

Die vorgeschlagene Steuerentwurf beschwört nicht die Gefahr eines Defizits. Wir haben in den letzten Jahren ordentliche und außerordentliche Ausgaben aus den laufenden Einnahmen bestritten. Wir haben Hunderte von Millionen für die Kriegsschädigten und 600 Millionen für die Vorkriegsschäden der Reichsbahn ausgegeben. Der Betriebsfonds, der darüber hinaus angesammelt worden ist, erlaubt mir, jetzt Steuerermäßigungen vorzuschlagen. Die Erhaltung der Stabilität der Mark und des Gleichgewichts im Haushalt ist für uns absolute Voraussetzung. Durch diese Methode die Quellen unserer Wirtschaft wieder zu erschließen, wird das Vertrauen des Auslandes nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Wir gehen davon aus, daß eine gesunde Politik eine gesunde Wirtschaft herbeiführen kann. Wir haben zu wählen Steuererleichterungen oder Erhöhung unproduktiver Ausgaben. Ich entscheide mich unbedingt für das erstere. Das bedeutet, daß wir nicht an Symptomen herumkurieren wollen, sondern wirklich das Uebel an der Wurzel anfassen.

Hr. Dr. Forstner (Bayr. Volksp.) bezeichnete die Steuererleichterungen als unbedingt notwendig für die deutsche Wirtschaft. Leider habe sich der Minister nicht genügend darüber geäußert, wie er sich die finanzielle Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden denkt.

Hr. v. Graefe (Dkt.) meinte, die Rede des Finanzministers habe etwas Bestechendes gehabt und Ideen enthalten. Die Rede sei eine vernichtende Kritik der bisherigen republikanischen Finanzpolitik. Das Resultat dieser Finanzpolitik sei ein wirtschaftlicher Trümmerhaufen. Das Programm des neuen Finanzministers bedeute sich in den meisten Punkten mit den Forderungen, die die Dkt. schon seit Jahren gestellt hätten.

Damit war die Aussprache geschlossen. Die Etatkapitel wurden dem Haushaltsausschuß überwiesen. — Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht der deutsch-italienische Handelsvertrag.

Vortragsfolge des Leipziger Senders

Samstag, den 14. Februar.

- 8.30—9.00 um.: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. Prof. Ernst Müller.
- 11.00—11.30 um.: Vorlesung: Professor Dr. Wolterred: Darwin.
- 11.30—12.00 um.: Vortrag: Dr. J. Weber, Assistent an der Sternwarte Leipzig: Katastrophen im Weltraum.
- 12.00—1.00 um.: Musikalische Stunde der Mitteldeutschen Zeitschule Leipzig. Werke Leipziger Komponisten: Walter Niemann und Siegfried Karg-Elert. Mitwirkende: Käthe Grundmann (Gesang), Eduard Wischmann (Flöte), Walter Niemann (Klavier) und Siegfried Karg-Elert (Horn).
- 4.00—5.00 um.: Aktuelle Musik. Ausgeführt vom Rundfunkorchester (Dirigent: Hilmar Weber).
 1. Kam: Fantasie aus Der Postillon von Don Juan.
 2. Vink: Ouvertüre zu Missis Grata.
 3. Leo Fall: Melodien aus Der fidele Bauer.
 4. Wernicke: Zigeunerständchen.
 5. Konzart: Pifante Blätter, Potpourri.
- 5.00—6.00 um.: Ernst Dittmer liest aus eigenen Werken.
 - a) Erzählende Gedichte, b) Balladen, c) Der Gefangene in der Orgel, eine ungedruckte Novelle.
- 7.00—7.30 um.: Vortrag (von Jena aus): Prof. Dr. Esau von der Universität Jena. 5. und letzter Vortrag im Zyklus: Von der Regenernabel bis zur dreifachen Bildübertragung.
- 7.30—8.00 um.: Vortrag (von Dresden aus): Dr. Karl Grohmann, Direktor des Stadtmuseums Dresden: Nürnberg.

Übertragung der Mitteldeutschen Zeitschule Dresden für beide Welten.
- 8.15 um.: Hofnachspiele und Schwänke von Hans Sachs. (Zum 350. Todestage Hans Sachs.) Mitwirkende: Hr. Felix Zimmermann (Einleitender Vortrag), Eva Gott-

getreu vom Alberttheater Dresden, Carl Blumau, Georg Babura, Max Göthel und die Dresdner Rundfunkhauskapelle.

Montag, den 15. Februar.

- 4.00—4.45 und 5.00—5.30 um.: Original Fegenscher Künstler-Terzett. Ausführende: Hans Schultes (Violine), Steffi Fahnauer (Fliher), Karl Wehler (Gitarre). Leitung: Grgl Bollinger.
- 5.30—6.00 um.: Vespereben aus den Neuerscheinungen auf dem Bühnenmarkt.
- 7.00—7.25 um.: Vortrag (auf Welle 452): Dr. H. Thiem von der biologischen Reichsanstalt Naumburg: Der mitteldeutsche Weinbau einst und jetzt.
- Vortrag (auf Welle 254): 7. Vortrag des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums. Oberregierungsrat Dr. Gerth: Die Blindenfürsorge im Freistaat Sachsen.
- 7.30 um.: Uebertragung aus dem Deutschen Nationaltheater Weimar: „Keres“ oder „Der verlebte König“ (Serie). Weitere Oper in drei Akten. Musik von W. Fr. Händel (1738). Musikalische Einrichtung auf Grund der Partitur der Deutschen Händel-Gesellschaft, freie Reuegestaltung des Textbuches und der Secco-Regitative von Oskar Hagen. Musikalische Leitung: Ernst Kayst. Spielleitung: Maximilian Moris. Personen: Keres, ein junger König im Osten (Hans Grath), Anastria, seine Verlobte, als Krieger verkleidet (Hildegard Gajewski), Arsamene, sein Bruder (Hans Bergmann), Ariodant, Feldherr (Karl Heerdegen), Romilda, Alalanta, dessen Tochter, Herta Heinde, Ralf Trummer), Elvira, Diener des Arsamene (Emil Fischer), ein Soldat (August Rehfopf), Volk, Soldaten, Hochzeitsgäste. Nach dem ersten Akt 10 Minuten Pause. Ende 9.45 um. Befehlsänderungen vorbehalten.
- Anschließend (etwa 9.45 um.): Pressebericht und Sportfunkdienst.
- Darauf: Tanzmusik bis 12.00 um., ausgeführt von der Dresdner Rundfunkhauskapelle.

die Lichtbildabteilung des Volkswereins, die Caritaslichtbilderei des Caritasverbandes in Freiburg. Als weiteres Hemmnis der Entwicklung dieser Zentralen nannte er die Beschränkung auf eine Auswahl jener Filme, die die bestehende Filmindustrie herstelle, ohne die Herstellung selbst zu beeinflussen. Nur zwei Organisationen hätten eine größere Initiative entfaltet: die Leag-Gesellschaft in München, die den Mut hatte, einige Filme in Auftrag zu geben, und die Provinziallichtbildnerie in Köln, der es nach löstjähriger Arbeit gelungen sei, in der Rheinlandgesellschaft in Köln ein Filmatelier mit künstlerisch und technisch geschultem Personal und modernsten Instrumentarium für ihre Bestrebungen zu gewinnen.

Als eine natürliche Weiterentwicklung dieser Bestrebungen und als eine dringende Forderung nannte Herr Brauer die Gründung einer einheitlichen Organisation für das gesamte katholische Deutschland, die alle Teilbestrebungen zur Kinoreform einheitlich zusammenfasse und dem katholischen Geistesleben den Einfluß auf das Filmwesen verschaffe, der ihm notwendig zukommen müsse.

Der Redner veräumte nicht, auf die gut organisierten Bestrebungen der Katholiken in anderen Ländern hinzuweisen, auf die San-Marco-Gesellschaft in Italien, auf die von dem Kardinal von Paris geförderte Gründung der Action de la jeune Presse: „L'Estolse“ und auf die Bemühungen des Erzbischofs von Ramur in Belgien; er betonte aber gleichzeitig, daß die Gründung des Filmvereins der deutschen Katholiken nicht ohne Gegner bleiben werde. Er erinnerte daran, daß seinerzeit der Versuch des Abgeordneten Heischer in Berlin, von katholischer Seite eigene Filme herstellen zu lassen, von den führenden Organen der Filmindustrie mit dem Kommentar begleitet wurde, daß man diese Bestrebungen aufmerksam verfolgen und zur rechten Zeit eingreifen werde. Von Seiten des zu gründenden Vereins bestche in keiner Weise die Absicht, gegen die Filmindustrie einen Kampf zu eröffnen; er werde vielmehr freudig auf alle für den Katholiken gangbaren Wegen ohne Voreingenommenheit und Engstirnigkeit mit ihr gehen.

Zum Schluß seiner Ausführungen suchte Herr Brauer die Bedenken zu entkräften, die in katholischen Kreisen immer noch gegen eine aktive Beteiligung am Filmwesen vorgebracht wurden.

Nachdem Weihbischof Dr. Hammels dem Verein seine Mittheilung anfangs hatte, verließ der Leiter der Provinziallicht-

bildnerie, Herr Graf, den Sitzungsentwurf, der als Hauptzweck die Schaffung eines Filmarchivs im Sinne christlicher Weltanschauung nannte.

In der anschließenden Besprechung wurden folgende Anregungen gegeben: Herr Meinerz von St. Severin (Köln) wünschte eine genauere Formulierung der Aufgaben des Vereins (Registrierung, Schaffung eigener Filme, Herausgabe einer Zeitschrift); Hr. Scheuren, ein tüchtiger Mitarbeiter der Lichtbildnerie, beantragte die Aufnahme des Propagandagebühnens in die Statuten; es müsse erstrebt werden, daß die bestehenden katholischen Organisationen die Bestrebungen des Filmvereins unterstützen und daß von allen Orten die Erfahrungen mit bestimmten Filmen an die Zentrale berichtet würden. Dr. Wartschall, der Vorsitzende des Zentralbildungsausschusses deutscher Katholiken, der schon vorher die Mitarbeit dieser Organisation zugesagt hatte, machte den Vorschlag, als Zweck des Vereins die Förderung der katholischen Weltanschauung auf dem Gebiete des Filmwesens zu nennen und die Schaffung des Filmarchivs und der Zeitschrift als Mittel zu diesem Zweck anzugeben. Der Generalsekretär der katholischen Geseilschaften, Dr. Raltermann, gab die Anregung, einen Zusammenfluß sämtlicher Filmtheater, die auf christlichem Standpunkt stünden, herbeizuführen, um durch die Sicherstellung eines bestimmten Bedarfs an Filmen auf die Herstellung einen indirekten Einfluß zu gewinnen. Das praktische Ergebnis der Versammlung war die Wahl eines Arbeitsausschusses, dem die endgültige Formulierung der Satzungen und die einleitenden Arbeiten übertragen wurden.

Prinzeß-Theater Dresden, Prager Straße

Ab Freitag, den 12. Februar

Lotte Neumann und Harry Liedtke

Die Frau für 24 Stunden

Regie: Reinhold Schünzel

M. S. Lichtspiele, Dresden, Moritzstraße

Bis Montag:

Der Juwelenmarder

Gesellschaftsabendueuer in 6 Akten

Ab Dienstag:

Tom Mix, der galante Bandit

Abentueuer in 7 Akten